



Grundrechtskatalog muss reformiert werden

Ein aktueller Bericht über den Stand der Menschenrechte in Österreich fordert die Reform des Grundrechtskatalogs der österreichischen Bundesverfassung, um alle Menschenrechte konsequent und bedingungslos zu verankern.

Wien, 24. November 2010 – Im Jänner 2011 muss die österreichische Regierung erstmals der UNO über die heimische Lage der Menschenrechte berichten. Aus diesem Anlass hat die Initiative menschenrechte.jetzt., die über 270 NGOs vereint, einen umfassenden Bericht über die Lage der Menschenrechte in Österreich veröffentlicht. Darin wird die Reform des österreichischen Grundrechtskatalogs verlangt, um zum Beispiel die längst überfällige Kinderrechtskonvention in österreichischem Recht umzusetzen oder den Menschenrechtsansatz in der Sozialpolitik zu verankern. Der Bericht der Initiative ist eine Ergänzung zum „Nationalen Bericht“ der österreichischen Bundesregierung. Beide Berichte wurden nun dem UNO-Menschenrechtsrat übermittelt und bilden die Grundlage für die Beurteilung Österreichs.

Reform des Grundrechtskatalogs

Die wichtigste Forderung der Initiative ist eine Reform des österreichischen Grundrechtskatalogs. „Die Menschenrechte müssen die Grundlage politischen Handelns und aller Gesetzesvorhaben werden“, so Marianne Schulze von der Initiative menschenrechte.jetzt. „Leider ist das nicht immer der Fall, wie aktuelle Anlässe zum Beispiel in der Asylpolitik zeigen. Wenn die Menschenrechte bedingungslos und konsequent als Grundrechte verankert werden, schafft das eine legale Sicherheit, von der letztendlich alle profitieren“, so Schulze. Weiters werden in dem Bericht der Initiative strukturelle Defizite beklagt, wie das Fehlen einer nationalen Menschenrechtsinstitution oder der Umgang mit der Chancengleichheit von Frauen, Flüchtlingen, MigrantInnen, Kindern oder Menschen mit Behinderungen.

Die Universelle Menschenrechtsprüfung

Die Universelle Menschenrechtsprüfung (Universal Periodic Review, UPR) umschreibt die alle vier Jahre stattfindende Prüfung von UN-Mitgliedsstaaten durch den UN-Menschenrechtsrat. Ziel der Überprüfung ist die Verbesserung der Menschenrechtssituation in jedem der 192 UN-Mitgliedsstaaten durch einen umfassenden Kontrollmechanismus. Die UNO startete mit dieser Überprüfung im April 2008. Die erste Überprüfung Österreichs wird am 26. Jänner 2011 im UN-Menschenrechtsrat in Genf erfolgen. Das Ergebnis jeder Prüfung wird in den Menschenrechtsbefund aufgenommen, der die Empfehlungen des UN-Menschenrechtsrat an den jeweilig geprüften Staat enthält.

Zusammenfassung: Der Forderungskatalog der Initiative menschenrechte.jetzt

1. Umfassender Grundrechtskatalog in der Verfassung, inklusive Kinderrechte
2. Errichtung einer nationalen Menschenrechtsinstitution nach Pariser Prinzipien
3. Offener, strukturierter & regelmäßiger Austausch mit der Zivilgesellschaft
4. Verankerung des Menschenrechtsansatzes, insb. in der Sozialpolitik
5. Schaffung & Stärkung von klaren Strukturen für MR in Exekutive, Legislative & Judikative, z.B. durch Nationalen Aktionsplan Menschenrechte
6. Einrichtung unabhängiger Überwachungsstellen: Nationaler Präventionsmechanismus/OP-CAT, Behörde nach Artikel 16 (3) CRPD, Untersuchungseinrichtung für Fälle von Polizeimissbrauch
7. Novellierung und Harmonisierung des Anti-Diskriminierungsrechts und Ausbau der Antidiskriminierungsstellen
8. Asyl- und Migrationspolitik auf Basis menschenrechtlicher Prinzipien: mehr Rechtsschutz im Asylverfahren, keine Schubhaft für AsylwerberInnen und Opfer von Frauenhandel, Bleiberecht
9. Reform des Bildungssystems zur Sicherung sozialer Inklusion & Barrierefreiheit
10. Verpflichtende Menschenrechtsbildung
11. Förderung der Teilhabe am Arbeitsmarkt von wirtschaftlich marginalisierte Personen, prekär Beschäftigten, Jugendlichen, "working poor" und MigrantInnen
12. Strukturiertes und nachhaltiges Follow-up zu UN Empfehlungen

Berichte im Web über die Menschenrechtslage in Österreich (der Bundesregierung sowie der Zivilgesellschaft): <http://www.menschenrechte-jetzt.at/docs/>

Anhang: Kompletter Bericht der Initiative menschenrechte.jetzt. über die Lage der Menschenrechte in Österreich

Über die Initiative menschenrechte.jetzt.

Die Initiative menschenrechte.jetzt. versammelt erstmals 270 NGOs, die sich mit der Umsetzung von Menschenrechtsstandards in Österreich befassen. Gegründet wurde die Initiative anlässlich der 2011 erstmals für Österreich stattfindenden Universellen Menschenrechtsprüfung der Vereinten Nationen (UPR-Verfahren) bei dem die österreichische Regierung der UNO über die heimische Menschenrechtslage berichtet. Die Initiative menschenrechte.jetzt ist für die Erstellung eines NGO-Berichts über den Stand der Menschenrechte in Österreich zuständig und hat weitere koordinierte Aktionen auf internationaler und nationaler Ebene zum Schutz der Menschenrechte in Österreich zum Ziel. Die Österreichische Liga für Menschenrechte koordiniert die Initiative menschenrechte.jetzt.

Kontakt & Infos:

Marianne Schulze
Co-Initiatorin Initiative menschenrechte.jetzt.
Tel. 0699 11 87 73 68
e-mail: buero@menschenrechte-jetzt.at
www.menschenrechte-jetzt.at
www.upr-info.org

Nele Renzenbrink
Ecker & Partner Öffentlichkeitsarbeit
und Public Affairs GmbH
Tel. 01 59932-26
email: n.renzenbrink@eup.at